

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8.86.846 ppbn d

Inhalt

Helmut Wieczorek MdB zur Umverteilung von unten nach oben: Haushaltsumschichtung statt Konsolidierung.

Seite 1

Egon Lutz MdB zu den April-Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit: Was schert die Konjunktur das Schicksal der Arbeitslosen?

Seite 4

Ernst Haar MdB zur Fahrpreis-Politik der Bahn: Bonn blockiert Umwelt-Karten im Nahverkehr.

Seite 6

Dr. Hans-Jochen Vogel MdB zum 100. Geburtstag von Karl Barth: Ein großer Theologe und Genosse.

Seite 7

41. Jahrgang / 85

6. Mai 1986

Umverteilung von unten nach oben

Haaltsumschichtung statt Konsolidierung

Von Helmut Wieczorek MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

In seiner Regierungserklärung vom Oktober 1982 hat Bundeskanzler Kohl erklärt, daß in der Sozialpolitik eine „Atempause“ eingelegt werden müsse. Die Opfer, die dazu notwendig seien, sollten sozial gerecht verteilt werden, und das, was Rentnern, Sozialleistungsempfängern, Beamten und anderen zugemutet werden müsse, sollte für alle gelten.

Die Bilanz der ersten drei „Wendjahre“ zeigt jedoch ein ganz anderes Ergebnis: der Konsolidierungserfolg, auf den die CDU/CSU so stolz ist, ist mehr als dürftig ausgefallen. Mit der „Atempause in der Sozialpolitik“ sind Arbeitnehmer, Arbeitslose, Rentner, Schüler und Studenten zur Kasse gebeten worden. Statt sozialer Gerechtigkeit wurde die Zweidrittelgesellschaft durchgesetzt. Eingesparte Mittel wurden von unten nach oben verteilt und den Besserverdienenden zugeschant. Ihnen wurde sogar entgegen den ursprünglichen Versprechungen die Zwangsanleihe zurückgezahlt, sodaß sie überhaupt nicht an den Opfern beteiligt wurden.

Vergleicht man nun das Jahr 1985 mit 1982, dem letzten Jahr der sozial-liberalen Koalition, so ergibt sich folgende Bilanz:

1. Nach Abschluß des Bundeshaushalts 1985 zeigt sich im Sozial- und Bildungsbereich ein massiver Rückgang der Ausgaben im Bundeshaushalt.

- Die Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit sind von sieben Milliarden DM im Jahr 1982 auf Null zurückgeschraubt worden, und die Bundesanstalt für Arbeit

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mfl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kennzeichen: Einseitig
aus wertvoller Rohstoff
Kleingruppen-Papier



machte trotz weiter steigender Arbeitslosigkeit 1985 über fünf Milliarden DM Überschüsse. Die Kürzungen beim Arbeitslosengeld und Beitragserhöhungen waren die Hauptursachen hierfür.

- Das Kindergeld ist von 1982 bis 1985 um 2,5 Milliarden DM zurückgegangen. Leistungskürzungen und Nichtanpassung der Kindergeldsätze wirken für den Bundesfinanzminister auch in Zukunft in Milliardenhöhe Jahr für Jahr weiter.
- Die Leistungen nach dem BAFÖG sind von 1982 bis 1985 um 0,9 Milliarden DM zurückgegangen; dies insbesondere durch die völlige Streichung des Schüler-BAFÖG.
- Das Mutterschaftsurlaubsgeld wurde drastisch eingeschränkt. 1985 betrugen die Ausgaben nur noch 0,6 Milliarden DM gegenüber 1,2 Milliarden DM im Jahre 1982.
- Insbesondere verzögerte Rentenanpassungen führten dazu, daß die Leistungen für Kriegsoffer 1985 um 1/2 Milliarde DM gegenüber 1982 niedriger lagen.
- Schließlich sind durch die Streichung der Sparprämie weitere 0,7 Milliarden DM Einsparungen erzielt worden.

2. Aber das ist noch nicht alles:

- 1985 blieben die investiven Ausgaben des Bundes um fast zwei Milliarden DM hinter den vom Parlament beschlossenen Ansätzen zurück, wodurch die hausgemachte Arbeitslosigkeit verstärkt worden ist.
- Aus den Haushaltsbegleitgesetzen 1983 und 1984 wirken Maßnahmen weiter, die für 1985 noch mit insgesamt rund 14 Milliarden DM zu Buche schlagen. Einsparungen bei der knappschaftlichen Rentenversicherung und Besoldungsverschiebungen beziehungsweise die Nullrunde im öffentlichen Dienst sind die wesentlichen Ursachen hierfür.
- Hinzu kommen 7,5 Milliarden DM „Entlastungen“ für die Rentenversicherung, durch die Rentner und Arbeitnehmer betroffen wurden. Wesentliche Maßnahmen waren die Einbeziehung von Sonderzahlungen und Weihnachtsgeld in die Beitragspflicht sowie eine verringerte Rentenanpassung.
- Schließlich wurden unter der Wenderegierung die Mehrwertsteuer erhöht, die Ausbildungsfreibeträge halbiert, die Vorsorgepauschale für Beamte gekappt und die Kinderbetreuungskosten gestrichen.

Insgesamt ergibt dies in den Jahren 1982 bis 1985 soziale Belastungswirkungen von fast 60 Milliarden DM. Dabei sind weitere Belastungen von Rentnern und Arbeitnehmern - wie zum Beispiel durch Maßnahmen im Bereich der Krankenversicherung und Beitragsanhebungen in der Rentenversicherung - nicht berücksichtigt.

3. Was steht dem an „Leistungen“ dieser Bundesregierung gegenüber?

- Von 1982 bis 1985 sind im Bundeshaushalt in nur wenigen Schwerpunktbereichen überproportionale Ausgabensteigerungen zu verzeichnen. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung sind um über 1,5 Milliarden DM angestiegen, und die Verteidigungsausgaben wurden um fast fünf Milliarden DM ausgeweitet.

Infolge der Kürzungen im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit und wegen steigender Langzeitarbeitslosigkeit mußten die Mittel für die Arbeitslosenhilfe von 1982 bis 1985 um über vier Milliarden DM aufgestockt werden.



- Darüber hinaus sind soziale Lasten durch Bundesgesetzgebung auf die Gemeinden verschoben worden, was allein bei den Sozialhilfeausgaben der Gemeinden von 1982 bis 1985 über vier Milliarden DM ausmacht.
- Die Steuersubventionen sind von 1982 bis 1985 um über zehn Milliarden DM ausgeweitet worden; hinzu kamen über 3,5 Milliarden DM zusätzliche Steuergeschenke für Unternehmen. Die wichtigsten Ereignisse waren die Erhöhung der Vorsteuerpauschale für die Landwirtschaft - die hauptsächlich den landwirtschaftlichen Großbetrieben zugute kommt - und Absenkung der Vermögen- und Gewerbesteuer.

Das Ergebnis ist offensichtlich: der Bundesfinanzminister beziffert den Konsolidierungserfolg im Bundeshaushalt ohne Bundesbankgewinn mit 12,4 Milliarden DM; 1983: 5,2 Milliarden DM, 1984: 2,8 Milliarden DM, 1985: 4,4 Milliarden DM. Die massiven Einschnitte in das soziale Netz, die Leistungskürzungen und Steuererhöhungen sind bei Stoltenbergs Konsolidierungsrechnung deshalb unter den Tisch gefallen, weil damit eine gewaltige Umschichtung mit Umverteilung von unten nach oben in Gang gesetzt wurde. Was vorher bei den vielen „Kleinen“ und sozial Schwachen gekürzt und gespart worden ist, wurde an die „Großen“ wieder verteilt.

4. Aber es geht noch weiter:

Wenn sich die Bundesregierung jetzt damit brüstet, was sie alles an „neuen Wohltaten“ ab 1986 auf den Weg gebracht hat, so setzt sie dennoch insgesamt die unsoziale Politik der vergangenen drei Jahre fort; dazu nur wenige Beispiele:

- Die Steuersenkung 1986/88 begünstigt vor allem die Besserverdienenden. Sie werden im Tarifbereich 50 mal stärker und bei den Kinderfreibeträgen 2 1/2 mal stärker entlastet als der Normalverdiener. Verheiratete Arbeitnehmer müssen 1988 mehr als 3.700 DM monatlich verdienen, damit sie überhaupt an der zweiten Stufe der Steuersenkung teilnehmen können.
- Weitere Steuergeschenke an Unternehmen, wie die konjunkturell wirkungslosen Abschreibungen für Gewerbegebäude, belasten vor allem Länder- und Gemeindehaushalte.
- Beim Babyjahr bekommen die Frauen vor dem Jahrgang 1921 nichts, obwohl sie es waren, die maßgeblich dazu beigetragen haben, die Bundesrepublik zu dem zu machen, was sie heute ist.

Die Taktik dieser Bundesregierung ist allzu durchsichtig:

Man will die Ungerechtigkeiten der letzten drei Jahre vergessen machen und mit neuen Maßnahmen ab 1986 überdecken. Aber, die von Kohl angekündigte „Atempause in der Sozialpolitik“ geht für die sozial Schwachen weiter, und die soziale Gerechtigkeit bleibt weiterhin auf der Strecke. Dazu kommt noch, daß die über zwei Millionen arbeitslosen Menschen in der Bilanz dieser Bundesregierung offensichtlich ausgeschrieben worden sind. Das ist insgesamt ein fatales Ergebnis - es ist gleichzeitig auch der Ausdruck der von dieser Bundesregierung verfolgten Politik.

(-/6.5.1986/rs/ks)

* * *



Was schert die Konjunktur das Schicksal der Arbeitslosen?

Zu den April-Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Daß Zweckoptimismus ein schlechter Ratgeber ist, belegen die Arbeitsmarktzahlen für den Monat April von neuem.

Entgegen aller Konjunktüreuphorie steht gegen eine Abnahme von 217.560 Arbeitslose eine Zahl von 285.500, die sich im April arbeitslos gemeldet haben. Die Arbeitslosigkeit befindet sich also weiterhin in einer erschreckenden Höhe, was vergleichbare Zeitabschnitte verdeutlichen:

Im Zeitraum Januar bis April waren - im Durchschnitt - arbeitslos gemeldet:

1982: 1,85 Millionen Menschen,
1983: 2,41 Millionen Menschen,
1984: 2,43 Millionen Menschen,
1985: 2,50 Millionen Menschen,
1986: 2,46 Millionen Menschen.

Die Bundesanstalt selbst muß einräumen, daß die geringfügige Besserung zum Vormonat im Grunde nur eine Scheinblüte ist: „Verschiedene Faktoren tragen dazu bei, daß die Besserung im Berichtsmont überzeichnet wird.“

Eine größere Anzahl von Arbeitstagen ist für dieses Ergebnis ebenso eine Erklärung wie der Umstand, daß die 58jährigen und älteren Arbeitslosen aus der Statistik gekippt werden - im April waren dies immerhin 34.000 Personen. Statt 217.000 beträgt der Rückgang an Arbeitslosen im Berichtsmont also in Wirklichkeit nur 183.000.

Die allseits bescheinigte Wirtschaftskonjunktur läßt die über zwei Millionen gemeldeten Arbeitslosen also vor der Tür stehen. Heinrich Franke muß es widerwillig einräumen. „Auch konjunkturell dürfte die Arbeitslosigkeit neuerdings wohl wieder etwas zurückgegangen sein“ - eine Formel, die eher einer Beschwörung gleicht. Im Klartext heißt das: Die Konjunktur schert sich einen Dreck um die Arbeitslosen!

Nun zu den Zahlen im einzelnen.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist im Wesentlichen in den gewerblichen Berufen festzustellen. Da hier vor allem Männer beschäftigt sind, ist hier der Rückgang besonders spektakulär.



Vieles, was sehr beeindruckend erscheint, ist bei näherem Hinsehen nur Zahlenspiel. So auch die über 100.000 Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder die größere Zahl von Arbeitstagen im Berichtszeitraum und die verstärkte Inanspruchnahme nach Paragraph 105c AFG. Daß die Zahl der Kurzarbeiter vom März auf April von rund 300.000 auf 216.000 zurückging, hat ebenfalls keine konjunkturelle Aussagekraft, sondern ist in diesem Falle wirklich saisonbedingt.

Ebenso verhält es sich mit den arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren: Die rückläufige Zahl ist in erster Linie auf die große Zahl von Einberufungen zum Wehrdienst zurückzuführen.

Der Umstand, daß sich im April die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten um 4.800 auf immer noch skandalöse 125.800 reduzierte, ist ebenfalls in der verstärkten Inanspruchnahme des Paragraphen 105c AFG zu sehen - auch diese rund 5.000 Personen müßten noch einmal von der Arbeitsmarktbilanz für den April abgerechnet werden.

Im ersten Quartal 1986 wurden bei der Bundesanstalt 6.900 Anträge auf Zuschuß zum Vorruhestandsgeld gestellt. Damit hat sich das Monatsmittel auf etwa 2.000 eingependelt.

Die tatsächliche Inanspruchnahme der Vorruhestandsregelung ist jedoch erheblich höher. Die genannten Zahlen umfassen nur jene Fälle, für die bei der Bundesanstalt ein Zuschuß beantragt wurde.

Nach derzeitiger Berechnung auf Grund der Angaben der Sozialversicherung beziehen rund 45.000 Personen Vorruhestandsgeld, fast die Hälfte entfällt auf das Baugewerbe.

Was die allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung angeht, die sich inzwischen bei über 100.000 eingependelt haben, so entfällt rund ein Drittel davon auf soziale Dienste. Ein Drittel der geförderten Arbeitnehmer ist unter 25 Jahre alt, 17 Prozent sind älter als 45 Jahre. Erschreckend ist hierbei, daß von diesen über 100.000 geförderten Arbeitslosen inzwischen 36 Prozent mehr als zwölf Monate arbeitslos waren.

Die Aprilzahlen der Bundesanstalt für Arbeit belegen einmal mehr, daß das ganze Wortgeklingel vom Abbau der Massenarbeitslosigkeit nur zur Beruhigung derjenigen, die Arbeit haben, dienen und für ein Klima sorgen soll, in dem die Unternehmer in Ruhe investieren können - in ihrem Maschinenpark, nicht aber in neue Arbeitsplätze.

(-/6.5.1986/rs/ks)

* * *



Bonn blockiert Umwelt-Karten bei der Bahn

Fahrpreissenkungen im Nahverkehr dürfen kein Tabu sein

Von Ernst Haar MdB

Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED)

Die Bundesregierung redet viel vom Umweltschutz. Kaum wird es jedoch konkret, dann ist die Bilanz mager. So in besonderem Maße im Verkehrsbereich. Die Zahl der Katalysator-Autos ist noch immer verschwindend gering, insbesondere die ausländischen Laster nehmen immer mehr zu und der Flächenbedarf des Straßenbaus wächst unbegrenzt. Gleichzeitig wird der öffentliche Verkehr von Bussen und Bahnen immer stärker ins Abseits gedrängt.

Als eines der wirksamsten Mittel, die Notwendigkeit des Umweltschutzes deutlich zu machen und Verhaltensänderungen zu erreichen, hat sich in den vergangenen Jahren die Steuerung über den Preis erwiesen. Die drastische Verteuerung des Mineralöls führte zu sparsamerem Energieverbrauch nicht nur beim Heizen der eigenen vier Wände, sondern auch beim Gebrauch des PKW, was wiederum der Luftverschmutzung zugute kam. Die derzeitige Reduzierung der Mineralölpreise führt genau zum gegenteiligen Effekt, das heißt, die Energieverschwendung wird gefördert. Hinzu kommt, daß die Mehrheit der Autofahrer glaubt, mit dem Tanken unverbleiten Benzins seine Schuldigkeit getan zu haben.

Mit Gesundbeten und Aussitzen sind die Probleme der Umwelt und des Waldes nicht zu lösen. Verschiedene Städte haben sich daher entschlossen, den öffentlichen Nahverkehr durch preiswerte Umwelt-Abonnements attraktiv zu machen. Durch die überzeugenden Erfolge in Basel ermutigt, fing die Stadt Freiburg im Oktober 1984 damit an. Inzwischen sind zahlreiche andere Städte gefolgt. Überall liegen bisher positive Ergebnisse vor. Die Zahlen der den umweltfreundlichen öffentlichen Personennahverkehr benutzenden Reisenden ist deutlich gestiegen.

All dies wird im Bundesverkehrsministerium nicht zur Kenntnis genommen. Auf Bonner Weisung sperrt sich dahe die Bundesbahn in allen Verkehrsverbänden, in denen sie beteiligt ist, gegen die Einführung von „Umweltkarten“. Damit ist in allen großen Ballungsgebieten die Möglichkeit, durch attraktive Preise dem Nahverkehr neuen Auftrieb zu geben, verbaut.

So wie die Deutsche Bundesbahn im Fernverkehr durch ihr rosa-rotes Preisangebot viele neue Kunden gewonnen hat, so muß sie endlich auch im Nahverkehr wieder aktiver werden. Fahrpreissenkungen im Nahverkehr dürfen kein Tabu-Thema sein. Umwelt-Abonnements würden die Deutsche Bundesbahn besonders für die wichtige Gruppe der Pendler wieder attraktiver machen. Bonn muß endlich seine Blockade-Politik aufgeben und die Bahn ermuntern, endlich auch im Nahverkehr aktiv zu werden.

(-/6.5.1986/rs/ks)

* * *



Der Genosse Karl Barth

Zum 100. Geburtstag des Theologen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Vorsitzender der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Am 10. Mai ist es 100 Jahre her, daß Karl Barth geboren wurde. Christen gedenken aus diesem Anlaß weltweit des großen Theologen. Auch die deutsche Sozialdemokraten haben allen Grund, Karl Barths zu gedenken und sein Werk zu würdigen. Barth war nämlich ein zutiefst politischer Mensch. Wer daran vorbeigehe, würde auch dem Theologen Barth nicht gerecht.

Dennoch: Barth - wie übrigens auch Paul Tillich, der am 20. August ebenfalls 100 Jahre alt geworden wäre - ist für uns nicht nur deshalb bedeutsam, weil er Sozialdemokrat war. Er ist es ebenso, weil er neben der Wiederentdeckung der Bibel als Grundlage für kirchliches Reden und Handeln die konservative Interpretation der Zwei-Reiche-Lehre Luthers überwunden hat. Dies gelang in der zweiten These der Barmer Theologischen Erklärung von 1934. Ihre Fassung ist maßgeblich der Mitarbeit von Karl Barth zu verdanken. Sie besagt: „Es gibt keine Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus zu eigen wären.“ Für die deutsche Sozialdemokratie, deren geschichtlicher Weg durch die künstliche Trennung von Theologie und Politik einerseits und das Bündnis von Thron und Altar, von Kirche und konservativem Bürgertum andererseits erschwert war, hat diese Leistung Barths befreiend gewirkt. Und zwar bis hin zum Godesberger Programm.

Die Nachwelt kann bei der Auseinandersetzung mit dem Theologen Barth am Sozialisten Barth nicht vorbeigehen. Der Architekt der „Kirchlichen Dogmatik“ ist ohne die Tätigkeit des „roten Pfarrers“ im Schweizerischen Safenwil, wo Barth von 1911 bis 1921 eine Gemeinde versah, undenkbar. Zur gleichen Zeit, als er in dieser Gemeinde die soziale Frage in ihrer Radikalität aufzunehmen verstand, fand er für die Theologie dieses Jahrhunderts die neue Mitte in Jesus Christus, dem Gekreuzigten und Auferstandenen.

Von Christoph Blumhardt, Kutter und Ragaz herkommend sah Barth auch in den sozialen Widersprüchen, in den sozialen Kämpfen seiner Arbeitergemeinde Gott am Werk. Der archimedische Punkt war hinfort für Barth die Zuwendung Gottes zum konkreten Menschen, das Bewußtsein der Unmittelbarkeit jeder menschlichen Seele zu Gott. Diese Unmittelbarkeit zu Gott sei aber nicht mehr - wie im Religionsverständnis des bürgerlichen Individualismus und der liberalen Theologie - die Angelegenheit des frommen Gemüts, sondern schließe die Außenwelt, „alle Dinge, Verhältnisse, Ordnungen und Gestaltungen zu Gott ein“.



Barth wurde 1915 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, der er bis zu seinem Tode 1968 angehörte. Dieses für damalige Verhältnisse ungewöhnliche politische Engagement eines Theologen erneuerte er im Jahre 1931, indem er in Bonn demonstrativ auch der SPD beitrug. Beides ist erst in jüngster Zeit in der Evangelischen Kirche und auch in der SPD stärker zur Kenntnis genommen worden. Ebenso übrigens auch die Tatsache, daß eine Reihe weiterer hervorragender Theologen dieses Jahrhunderts Mitglieder der SPD waren.

Barth erwies sich als SPD-Mitglied als überaus bekenntnisfreudig. 1933 verweigerte er als Bonner Universitätsprofessor den Beamteneid auf Hitler. In einem Brief an Paul Tillich erläuterte er diesen Schritt folgendermaßen: „Diese Freiheit beziehungsweise der bestimmte Gebrauch, den ich von ihr mache, indem ich mich vor Gleich- und Andersdenkenden, vor meinen Kollegen und Studenten, vor den Männern der Kirche und vor meinen theologischen Lesern und vor wem auch immer, den es interessieren mag, zur SPD stelle und mich als SPD-Mann ansprechen lasse, das gehört (im Unterschied zur Idee des Sozialismus) zu meiner Existenz. Und wer mich so nicht haben will, der kann mich überhaupt nicht haben.“

Dennoch: Heute wollen nicht wenige Barth anders haben, unpolitisch oder gar nicht. Vor allem jene, denen der Theologe gleich nach 1945 zum Leidwesen auch führender kirchlicher Kreise im Nachkriegsdeutschland die Berechtigung, eine „christliche“ Partei zu gründen, abgesprochen hatte. In einem Brief an Gustav Heinemann beschwor Barth seinen Mitbruder, der damals noch Mitglied der CDU war, im Jahre 1946 „die bitter notwendige Herstellung einer positiven Beziehung zwischen der Kirche und der politischen Aufgabe gerade nicht auf dem Wege einer christlichen Parteibildung“ zu verwirklichen. Die Unionsparteien haben Barth die damalige Stellungnahme bis heute nicht vergessen, im Zeichen der Wende und des Neokonservatismus macht man ihn dort gegenwärtig für einen vermeintlichen „Linksrutsch“ in der Evangelischen Kirche verantwortlich. So jedenfalls erst kürzlich der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, der sich dabei kritisch über evangelische Stellungnahmen zu Nicaragua, zu SDI und zu Süd-Afrika äußerte.

Die Christen in der SPD sehen das anders. Sie sehen in diesen Stellungnahmen eigenständige Beiträge aus dem Raum der Kirche zu wichtigen gesellschaftlichen Fragen. Stellungnahmen, die Parteien - im Geiste Karl Barths - auch dann respektieren sollten, wenn sie mit ihren eigenen Ansichten nicht übereinstimmen.

(-/6.5.1986/rs/ks)

* * *

